

Linkes Blatt ^{DIE LINKE.}

14. Ausgabe / 18. Jahrgang

Für Halle

05. August 2008

Landesparteitag im September einberufen

(sk) In seiner Sitzung vom 19. Juli 2008 berief der Landesvorstand die 2. Tagung des 1. Landesparteitages für den 20. und 21. September 2008 nach Magdeburg ein.

Die Tagung soll sich mit den Themen Landesentwicklung, Demokratisierung sowie der Weiterentwicklung der Parteistrukturen beschäftigen. Zur Landesentwicklung liegt ein Antrag der Landtagsfraktion vor, dessen Zusammenfassung auf den Seiten 5 bis 7 abgedruckt ist. Der Antrag zur Weiterentwicklung der Parteistrukturen wurde gemeinsam vom Landesausschuss „Parteireform“ und dem Landesvorstand gestellt. Daneben soll der Landesparteitag eine neue Landesgeschäftsführerin bzw. einen Landesgeschäftsführer wählen, da Michael Entrich diese Funktion nach über 15-jähriger engagierter und erfolgreicher Tätigkeit auf dem Parteitag niederlegen wird.

Folgende Tagesordnung schlägt der Landesvorstand dem Parteitag vor:

1. Beschlussfassung über die Tagesordnung und den Zeitplan
2. Rede des Landesvorsitzenden zu den Aufgaben des Landesverbandes und Einbringung des Beschlusssentwurfes „Für eine neue Demokratisierung“
3. Bericht der Mandatsprüfungskommission
4. Aussprache und Beschlussfassung zum Beschlusssentwurf „Für eine neue Demokratisierung“
5. Rede eines Vertreters des Landesarbeitsausschusses Parteireform zur Einbringung des Beschlusssentwurfes „Konzept für eine politisch handlungsfähige und finanzierbare Struktur bis 2013“
6. Aussprache und Beschlussfassung zum Antrag „Konzept für eine politisch handlungsfähige und finanzierbare Struktur bis 2013“
7. Bericht der Mandatsprüfungskommission
8. Wahl der/des Landesgeschäftsführers/-in
9. Rede des Parteivorsitzenden Genossen Prof. Lothar Bisky
10. Rede des Fraktionsvorsitzenden der Landtagsfraktion zum „Leitbild zur räumlichen Gliederung Öffentlichen Daseinsvorsorge in Sachsen-Anhalt“
11. Aussprache und Beschlussfassung zum „Leitbild zur räumlichen Gliederung der Öffentlichen Daseinsvorsorge in Sachsen-Anhalt“
12. Antrag zur Änderung der Landessatzung
13. Weitere Anträge

Antragsschluss ist der 08. August 2008. Der Stadtverband Halle wird durch folgende Delegierte vertreten: Frank Baier, Achim Bittrich, Jutta Fiedler, Ute Haupt, Ants Kiel, Swen Knöchel, Henriette Quade, Roswitha Stolfa, Frank Tillmann und Uta Zillmann. Der Stadtverband lädt alle Mitglieder des Stadtverbandes ein, am 03. September 2008, ab 18:00 Uhr mit den Delegierten des Landesparteitages die Anträge zu diskutieren. Eingeladen wird auch ein Vertreter der Landtagsfraktion, der deren Antrag erläutert.

Ungenaue Schätzungen, aber ungeheure Gefahr. „Unsere Zukunft atomwaffenfrei!“

Als herauskam, dass im August 2007 sechs Atomsprenköpfe ohne Wissen der USA-Luftwaffenführung in einem B 52-Bomber quer durch die USA geflogen worden waren, regte sich die Presse und bei manchem das Gewissen, aber die Beschwichtigung, dass ja nichts passiert sei, war schnell bei der Hand. Eine weltweit angesehene Vereinigung amerikanischer Wissenschaftler (FAS) schätzt, dass derzeit in europäischen NATO-Militärbasen insgesamt 200 bis 350 US-Atombomben lagern; davon wahrscheinlich 20 im Bundeswehr-Fliegerhorst Büchel im Gebiet der Eifel. Das wird man aber vom Bundesverteidigungsministerium nicht bestätigt bekommen, weil es - mit Rücksicht auf die USA - geheim bleibt.

Eine ungefähre Schätzung haben wir, aber über die ungeheure Gefahr, die hiervon ausgeht, kann man sich kaum eine Vorstellung machen. Alle Erfahrungen von Hiroshima und Nagasaki verblissen dagegen, wenn man sich vorstellt, dass sie

zum Einsatz kommen oder „aus Versehen“ irgendwo „verloren“ gehen. Petra Pau hat völlig recht, wenn sie sagt: „Abziehen und Abrüsten ist die Devise“.

Kürzlich war eine Gruppe von der Beratungs- und Begegnungsstätte Bürgerladen in Halle-Neustadt zu Gast bei dem Seniorenverein HIRSCH in Tübingen. Wir sprachen mit Freunden, die freitags immer von 18.00 bis 18.30 Uhr auf dem Holzmarkt Tübingen eine „Friedensmahnwache Ohne Rüstung leben“ durchführen. Sie weisen darauf, dass die Bundesrepublik Deutschland mit 3,8 Milliarden Euro (2006) zum größten Waffenexpoteur Europas und zum drittgrößten der Welt aufgestiegen ist und Waffen in Krisengebiete der Welt schickt. Weiter machen sie darauf aufmerksam, dass die Bundesregierung für Waffengeschäfte Hermesbürgschaften gewährt, die zu 50 % aus Steuermitteln finanziert werden. So wird zugleich den Waffenproduzenten Profit gesi-

chert, der Steuerzahler betrogen und bestohlen und der Frieden, den wir so dringend brauchen, gefährdet.

Der 1. September soll uns Anlass sein, die von Petra Pau und weiteren Linken geplante Kampagne „Unsere Zukunft - atomwaffenfrei“ zu unterstützen und den 30. August 2008 in Solidarität mit ihrem „Aktionscamp“ auch an der Unterschriftensammlung unserer Tübinger Freunde „Den Waffengeschäften muss Einhalt geboten werden!“ beteiligen.

Die folgenden Materialien:

„Atombomben in der Vulkaneifel - Bundeswehripiloten trainieren den Nukleareinsatz“;

„Atomwaffen abschaffen - auch in Büchel“;

„Waldkircher Erklärung zum Rüstungsexport“;

„Den Waffengeschäften muss Einhalt geboten werden!“

(Unterschriftenliste)

können angefordert werden von Prof. Dr. Ernst Luther, Zerbster Straße 27, 06124 Halle (Saale)

Nichtraucherschutzgesetz ohne den Wirt gemacht

Zum Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zu Nichtraucherschutzgesetzen erklärt die Kinder-, Jugend- und familienpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Eva von Angem:

„Die Sozialministerin wird entgegen der Ausführungen in der Volksstimme nicht uneingeschränkt hinsichtlich eines absoluten Rauchverbotes von der LINKEN unterstützt. Schon bei der Beratung des Gesetzentwurfes übte meine Fraktion massive Kritik hinsichtlich der Verfassungsmäßigkeit und Sinnhaftigkeit einiger Regelungen im Gesetz. Vor allem die Regelung, dass Heimbewohner in ihren privaten Räumen nicht rauchen dürfen, halten wir verfassungsrechtlich für sehr bedenklich und menschenunwürdig.

Die Koalitionsfraktionen können von dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes nicht überrascht sein. Insbesondere der Ausschuss für Recht und Verfassung im Landtag von Sachsen - Anhalt hat sich sehr intensiv mit den verfassungsrechtlichen Problemen des Nichtraucherschutzgesetzes auseinandergesetzt und die verfassungsrechtlichen Bedenken deutlich gemacht. Der Sozialausschuss und später der Landtag selbst haben sich jedoch mehrheitlich gegen die Stimmen der LINKEN und der FDP über diese Bedenken hinweggesetzt.

Ich warne an dieser Stelle insbesondere vor einem Machtgerangel der beiden Koalitionsfraktionen, das sich durch die Äußerungen des Wirtschaftsministers bereits abzeichnet.

Dieser sucht nunmehr Schutz beim Landesverfassungsgericht. Genau wie das Kampfhundegesetz eignet sich auch das Nichtraucherschutzgesetz nicht für innere Querelen. Hier verliert Politik weiter an Glaubwürdigkeit. Statt auf immer weitere Verbote zu setzen, sollte die Landesregierung für Prävention, Aufklärung und ehrliche Politik stehen.

Mehr Bildung über die DDR erwünscht *Klage über unzuverlässige Erinnerung der Eltern*

Wissenschaftler der Freien Universität Berlin haben 5.000 Schüler in 5 Bundesländern über die DDR befragt und ihre Ergebnisse im Juli 2008 veröffentlicht. Nach ihrer Auslegung hatten nicht die Gymnasiasten aus Brandenburg, ehemals in der DDR gelegen, das beste Wissen über diesen Staat, sondern Schülerinnen einer katholischen Mädchenschule in Aachen, geografisch fern von der ehemaligen DDR gelegen. Die Schüler/innen in Brandenburg beschrieben die DDR als „Sozialstaat“ und die Hälfte von ihnen meinte, die DDR sei keine Diktatur gewesen.

Diese Aussage fast 20 Jahre nach dem Zerschlagen der DDR bewerten die Forscher und nachfolgend eine Reihe von Politikern als „Verklärung der DDR“ und als „Fehlinterpretation“. Dafür mussten Schuldige gefunden werden. Schuld daran seien „unzuverlässige Erinnerungen der Eltern“ und „Versäumnisse der Schulen“. Da aber niemand ernsthaft neue Großeltern oder Eltern fordern kann, wird nach „Aufklärung über die SED-Diktatur“ gerufen. Für diese Zwecke soll die Lehrplan-Stundenzahl in Geschichte erhöht werden. Der Forderung nach mehr Bildung über die DDR in allen Schulen der BRD ist grundsätzlich zuzustimmen. Die Bildungspolitik der Länder sind gefragt.

Die Landeszentrale für die Stasi-Unterlagen bot 100 Schulen in Sachsen-Anhalt „Projekttag gegen DDR-Unwissen“ an. Nur 25 Schulen hatten bisher an dieser, von vornherein einseitigen Art der Bildung Interesse. Gut so, denn die Geschichte der DDR darf nicht zur Geschichte der allseitigen Unterdrückung und der Stasi verfälscht werden.

Tatsächlich historische Leistungen - z.B. der Aufbau des allgemeinbildenden polytechnischen Schulsystems

und der 10-Klassen-Schulpflicht für alle Kinder oder die Förderung von Jugend und Sport bis in das kleinste Dorf (Gesetz 1952) - müssen genannt und in Beziehung zur Gegenwart gesetzt werden.

Selbstverständlich müssen Argumente für die „Unrechtmäßigkeit der DDR“ vorgetragen werden. Allerdings wird dabei den Schüler/innen auch bewusst, dass der westdeutsche Staat vor dem ostdeutschen Staat entstand ostdeutsche Politiker öffentlich an der Idee der Einheit Deutschlands festhielten.

Aktivisten der kirchlichen Friedensgruppen sollen berichten über ihre Aktionen „Schwerter zu Pflugscharen“ und „Frieden schaffen ohne Waffen“. Solche Erinnerungen werden nicht als „unzuverlässig“ eingestuft. Es könnte aber passieren, dass dann die Schüler/innen fragen, warum denn heute noch Atomwaffen der USA in der Eifel lagern oder warum denn heute von der BRD-Regierung keine Abrüstungspolitik betrieben wird.

Vorgegebene Schulbuchweisheiten, Lehrermeinungen und Erinnerungen von DDR-Bürger/innen sollen einander ergänzen oder miteinander wetteifern, Schüler/innen sollen interessiert nachfragen. Dafür brauchen Lehrer und Schüler mehr Zeit und Großeltern, die ihren Enkeln mehr über die DDR-Zeit erzählen.

Vieles, was in den letzten Jahren über die DDR in den Vordergrund gedrängt wurde, bekäme einen anderen Stellenwert. Manches, was bewusst totgeschwiegen wurde, wird noch zu nennen sein.

Obes dann wieder zu „Fehlinterpretationen“ kommt? Die LINKEN in Ost und West brauchen in der Debatte über die DDR nicht ängstlich sein.

G.Nau

" Zwischen Bundes- und Landesparteitag - auf dem Weg zum Wahljahr 2009 "

Der Ortsverband „Clara Zetkin“ lädt ein zu einer Gesamtmitgliederversammlung
am Freitag, dem 12. September 2008
um 15:00 Uhr

in die Begegnungsstätte „Zur Fähre“, Böllberger Weg 150.

Der stellvertretende Landesvorsitzende und Leiter des Landeswahlbüros Achim Bittrich hat seine Teilnahme zugesagt. Weitere Delegierte der Parteitage werden als Diskussionspartnerinnen anwesend sein.

Interessenten sind herzlich eingeladen.

Kein Sozialticket in Leipzig?

Das Regierungspräsidium Leipzig hat unter Verweis auf den nicht ausgeglichenen Haushalt der Stadt Leipzig untersagt, zum 01.08.2008 ein Sozialticket einzuführen. Der Stadtrat Leipzig beschloss, eine um 15 Euro ermäßigte Monatskarte für Hilfebedürftige einzuführen, die Gesamtkosten hierfür beliefen sich auf 1,4 Mio. Euro. Zuvor hatten Leipziger Bürgerinnen und Bürger 20.000 Unterschriften gesammelt und dieses Bürgerbegehren dem Rat übergeben.

Das Problem, welches zur Forderung nach einem Sozialtarif im öffentlichen Nahverkehr führte war, dass im Regelsatz Hartz IV lediglich 14 Euro für Mobilität vorgesehen sind. Hier zeigt sich zum einen die Realitätsferne der Hartz IV Gesetze, weswegen DIE LINKE auch deren Abschaffung fordert, aber auch die Ignoranz der sächsischen Landespolitik gegenüber der kommunalen Selbstverwaltung. Auch der Stadtverband DIE LINKE Halle macht sich für die Einführung eines Sozialticket stark. So hat unsere Ratsfraktion bereits im vergangenen Jahr einen Antrag gestellt, nach welchem die HAVAG prüfen soll, inwieweit die Möglichkeit besteht, einen ermäßigten Fahrpreis über die dann zu erwartenden steigenden Fahrgastzahlen zu finanzieren. Die Antwort steht noch aus.

Dass, was die HAVAG jedoch zwischenzeitlich mitteilte war wenig hoffnungsvoll. Nach ihren Angaben verfügen 50% der Haushal-

te von Hilfebedürftigen über eine Abo-Monatskarte und die Einführung eines Sozialtarifes würde 1,2 Mio. Euro kosten. Beide Zahlen sind jedoch in Zweifel zu ziehen. So konnte nicht erläutert werden, wo die angeblichen 50% herkommen. Die benannte Fahrgastbefragung kann es m. E. nicht sein, da bei diesen regelmäßig nicht erfragt wird, ob der Fahrgast Sozialleistungen bezieht. Die 1,2 Mio. Euro sind ebenfalls zweifelhaft, da die für Leipzig ermittelten Kosten bei deutlich mehr Hilfeempfängern mit 1,4 Mio. Euro beziffert wurden. Der Stadtvorstand hat in seiner letzten Sitzung am 16. Juli beraten, wie die Forderung nach einem Sozialticket in die halleische Kommunalpolitik eingebracht werden kann und wie wir das Thema Mobilität für sozial Schwache thematisieren können.

In vielen Städten wurden Sozialtickets eingeführt, die Finanzierungsmodelle sind dabei sehr verschieden. Für Halle heißt die Forderung nach einem Sozialticket in jedem Fall auch, dass hierfür Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt werden müssen. Da auch der halleische Haushalt nicht ausgeglichen ist, wird auch die Frage nach der Gegenfinanzierung im Raum stehen, da anderenfalls die Gefahr besteht, dass das Landesverwaltungsamt fordert kommunales Eigentum zu verkaufen. So könnte sich auch für unseren Stadtverband wiederholt die Frage stellen, ob zur Absicherung von sozialen und

kulturellen Standards der Verkauf kommunalen Eigentums in Kauf zu nehmen ist. Das offenbart das Dilemma linker Kommunalpolitik, so stellt der Stadtvorstand in seiner letzten Sitzung auch fest, dass das Problem eigentlich auf Bundes- und Landesebene produziert wurde, z.B. mit der Einführung der Hartz IV Gesetze und den sinkenden Finanzausweisungen an die Kommunen. Somit ist es auch eine Aufgabe des Stadtverbandes, unsere Landespartei zu drängen, das Thema landesweit anzugehen sowie die durch die Hartz IV Gesetze produzierte Armut zu einem wichtigen Thema des Bundestagswahlkampfes zu machen.

Swen Knöchel



Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
Blumenstraße 16
06108 Halle (Saale)
Telefon 0345 / 20255 90
eMail info@dielinke-halle.de
Sven Knöchel (v.i.S.d.P)
Herstellung: Eigendruck
Erscheinungsweise: 14 - tägig
Auflage: 650 Exemplare

Spende erbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:
31.07.2008
Redaktionsschluss der nächsten
Ausgabe: 28.08.2008

Zum Leitbild zur räumlichen Gliederung der Öffentlichen Daseinsvorsorge in Sachsen-Anhalt

Zur Ausgangssituation: Die Koalition aus CDU und SPD hat im Dezember 2007 in einem skandalösen Verfahren fast ohne jede parlamentarische Beratung die Grundlagen der künftigen Landesentwicklungsplanung beschlossen. Ein alternativer Entwurf der Landtagsfraktion der LINKEN (Drucksache 5/1015 vom 11.12.2007) fand keinerlei inhaltliche Beachtung und ist ohne jede Diskussion abgelehnt worden. Für die Linke ist es entscheidend, dass in einem breiten demokratischen Diskurs beraten werden sollte, wie in Sachsen-Anhalt unter den konkreten Rahmenbedingungen der vollzogenen Gebiets- und Kommunalreform die Öffentliche Daseinsvorsorge erhalten und entwickelt werden soll. DIE LINKE strebt für Sachsen-Anhalt, seine Regionen und Kommunen ausgeglichene wirtschaftliche, infrastrukturelle, soziale, ökologische und kulturelle Verhältnisse an.

Die Landesentwicklungsplanung soll einen spezifischen Beitrag zur Sicherung und Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit leisten. Sie muss sich zudem den aus der demografischen Entwicklung - schrumpfende, älter werdende Bevölkerung - erwachsenden neuen Fragestellungen stellen.

Im Mittelpunkt steht für DIE LINKE die Zukunft der Öffentlichen Daseinsvorsorge, also die Bereitstellung von Gütern bzw. der Zugang zu Dienstleistungen wie

- * Energie- und Wasserversorgung,
- * Abfall- und Abwasserentsorgung,
- * Wohnungswesen und öffentlicher Verkehr,
- * Erziehung, Bildung und Kultur,

- * Sport und Erholung,
- * Gesundheits-, Kranken- und Wohlfahrtspflege,
- * Telekommunikation.

Vieles davon wird in Sachsen-Anhalt zunehmend als bedroht empfunden: Kindertagesstätten und Schulen wurden geschlossen, der ÖPNV wird teurer und trotzdem immer weiter reduziert, Gemeinden werden mit dem Hinweis auf die Tragfähigkeit öffentlicher Infrastruktur fusioniert, die Gesundheitsversorgung verliert die Wohnortnähe und wird darüber hinaus in vielen Bereichen insgesamt als mangelhaft empfunden. Marktwirtschaftlich ausgerichtete Angebote, die die tägliche Lebensqualität mitbestimmen, werden in der Fläche ausgedünnt oder fallen der Marktberreinigung durch große Handelsketten zum Opfer. Lebensnotwendige Dinge müssen zunehmend mit staatlichen Mitteln subventioniert werden. Vor dem Hintergrund der zur Verfügung stehenden Mittel muss entschieden werden, inwieweit solche Subventionierungen möglich und sinnvoll sind. Denn angesichts begrenzter - insbesondere finanzieller - Ressourcen sind politische Handlungsspielräume in erheblichem Maße beschränkt, heute wie künftig. Gerade darum ist es wichtig, den Menschen klar und deutlich zu sagen, welche Handlungsmöglichkeiten Politik überhaupt hat.

Politisches Ziel der LINKEN ist die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse überall in Sachsen-Anhalt. Linke Politik orientiert sich dabei auch in Fragen der Raumordnung und der Landesplanung am Leitgedanken der sozialen Ge-

rechtigkeit. Die Zielstellung der Angleichung der Lebensverhältnisse hat daher nicht nur eine räumliche Dimension, sie muss vor allem der sozialen Differenzierung in der Gesellschaft Rechnung tragen.

Die Entfernungen zur nächsten Einkaufsmöglichkeit bewertet ein gut verdienender Alleinstehender anders als eine Hartz-IV-Empfängerin. Frauen und Männer fragen unterschiedliche kulturelle Angebote nach, unterschiedliche Generationen haben unterschiedliche Interessenschwerpunkte. Das gilt es zu berücksichtigen, wenn von Angleichung der Lebensverhältnisse die Rede ist.

Die räumliche Gliederung der Öffentlichen Daseinsvorsorge hängt mit der politischen Zielstellung unmittelbar zusammen. Im Gegensatz zur regierungsoffiziellen Auffassung fordert DIE LINKE auch Kompetenzen der kommunalen Entscheidungsebene für Teilbereiche der Öffentlichen Daseinsvorsorge (vgl. Wulf Gallert: Sachsen-Anhalt 2020 - Innovation und soziale Gestaltung für ein zukunftsfähiges Sachsen-Anhalt, S. 54 ff, Die Linkspartei.PDS, Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt, 2005). Das Konzept der LINKEN orientiert sich sowohl an den klassischen Vorteilen des Systems der zentralen Orte, als auch an neueren Diskussionen in der Raumordnung, nach denen es sinnvoller sein kann, nicht die Orte festzulegen, die für eine bestimmte Region zentrale Funktionen wahrnehmen, sondern nur die Regionen zu bestimmen, in denen bestimmte Funktionen der Öffentlichen Daseinsvorsorge vorgehalten werden.

Aus dieser Sicht sieht das Leitbild der LINKEN drei Stufen der Öffentlichen Daseinsvorsorge vor:

- * Oberzentren
- * Mittelzentren
- * Grundzentrale Versorgungsräume.

In Sachsen-Anhalt wird übereinstimmend von fünf Planungsregionen (Altmark, Magdeburg, Harz, Anhalt und Süd) mit drei Oberzentren (Halle, Magdeburg, Dessau-Roßlau) ausgegangen. Ein in sich schlüssiges Konzept der Raumordnung für Sachsen-Anhalt muss klare Aussagen treffen, wie die hochwertigen Angebote eines Oberzentrums für alle Regionen des Landes - also auch für die Regionen Altmark und Harz - erreichbar sein sollen. Für die Region Altmark plädiert DIE LINKE dafür, Stendal als Ort mit einer auf die gesamte Region ausstrahlende Zentralitätswirkung zu stärken, um eine akzeptable Versorgung der gesamten Planungsregion mit oberzentralen Funktionen zu gewährleisten. Eine ähnliche Rolle muss Halberstadt für die Region Harz übernehmen.

Die Mittelzentren bilden das Rückgrat der Öffentlichen Daseinsvorsorge in Sachsen-Anhalt. Die Einwohnerzahl ist dabei für DIE LINKE - im Gegensatz zu den Auffassungen der Landesregierung - für die Festlegung eines Mittelzentrums nur ein Entscheidungskriterium unter mehreren. Hinzu kommen qualitative Kriterien, vor allem die Erreichbarkeit mittels ÖPNV in einer vertretbaren Zeitspanne von etwa 30 Minuten mindestens zweimal am Tag. Das Netz der Mittelzentren muss so dicht sein, dass keine „verlorenen Regionen“ entstehen, in denen die Öffentliche Daseinsvor-

sorge nicht mehr zu gewährleisten wäre. Folgerichtig sieht DIE LINKE im Gegensatz zur Landesregierung eine deutlich höhere Zahl von Orten als Mittelzentrum an, um mit einem entsprechend engmaschigen Netz die notwendigen Versorgungsleistungen zu gewährleisten.

Das ist umso bedeutsamer, als in Folge der von Landesregierung und Koalition vorgesehenen Gemeindegebietsreform die Festlegung von Grundzentren gegenstandslos wird: Ab 2011 soll es nur noch Einheitsgemeinden mit mindestens 10.000 Einwohnern geben.

Die Schlussfolgerung für DIE LINKE lautet, auf die Ausweisung von Grundzentren zu verzichten. Die entstehenden Einheitsgemeinden (und Verbandsgemeinden) selbst stellen dann die grundzentralen Versorgungsräume dar, in denen die entsprechenden Gremien selbstständig über die räumliche Verteilung der Öffentlichen Daseinsvorsorge entscheiden sollen. Das bedeutet, die grundzentralen Versorgungsräume müssen mit dem kommunalpolitischen Verantwortungsbereich identisch sein - nur dann ist es möglich, die notwendigen Entscheidungen auf dieser Ebene zu verlagern.

Besondere Aufmerksamkeit erfordert die Lösung des so genannten Stadt-Umland-Problems. Das größte Problem der Organisation der Öffentlichen Daseinsvorsorge in den größeren Städten und ihrem Umland wird dabei in den nächsten Jahren dadurch entstehen, dass eine geringer werdende Bevölkerung einer Infrastruktur gegenüber steht, die vor allen Dingen in den letzten Jahren deutlich ausgebaut wurde. Eine intensive Kooperation zwi-

schen den großen Städten und ihren Umlandgemeinden ist unabdingbar. Notwendig sind neue Formen des Lastenausgleichs, gegen den sich Umlandgemeinden derzeit noch wehren. Langfristig werden sich die gegenwärtigen Verhältnisse aufgrund demografischer Entwicklungen allerdings umkehren, und die Umlandgemeinden werden die Nutznießer von Vereinbarungen mit den großen Städten sein.

Das Konzept der LINKEN zur räumlichen Gliederung der Öffentlichen Daseinsvorsorge zieht eine Reihe von landespolitischen Konsequenzen nach sich, so in folgenden Bereichen:

- * Struktur der öffentlichen Verwaltung,
- * Organisation des öffentlichen Verkehrs,
- * Neugestaltung des Finanzausgleichsgesetzes,
- * Entwicklung der Schulstandorte,
- * Struktur der Kinder- und Jugendhilfe,
- * Entwicklung der Hochschullandschaft in Sachsen-Anhalt,
- * Struktur der kulturellen Angebote,
- * Netz von Gesundheitsvorsorge und sozialen Dienstleistungen,
- * öffentliche Sicherheit als Bestandteil der Daseinsvorsorge,
- * räumliche Gliederung der Wirtschaftsförderung,
- * Struktur der Wasserver- und Abwasserentsorgung,
- * Sicherung der regionalen Energieversorgung.

Zu all diesen Komplexen bietet das Konzept der LINKEN vielfältige Handlungs- und Lösungsansätze, die von verschiedenen Aspekten geprägt sind:

Wesentliche Bedeutung kommt

dabei der klaren Abgrenzung der Aufgabenübertragung auf die Ebenen Land, Landkreis und Gemeinde zu. Ohne diese sind den jeweiligen Entscheidungsträgern die erforderlichen politischen Weichenstellungen nicht möglich.

Vorschnelle Privatisierungen bauen oft hohe Hürden auf, die eine nachhaltige räumliche Gliederung der Öffentlichen Daseinsvorsorge erschweren oder gar unmöglich machen können.

Überragende Bedeutung kommt der Neugestaltung des kommunalen Finanzausgleichs zu. Für die Aufgabenerfüllung ist zunächst eine finanzielle Grundausrüstung (Sockelbetrag) nötig, die nicht an der Einwohnerzahl allein festzumachen ist.

In vielen Bereichen sind dezentrale

und kooperative Lösungen zu bevorzugen, da gerade sie den jeweiligen Planungs- und Versorgungsräumen aktive und gestaltende Handlungsoptionen eröffnen.

Fazit: Zusammengefasst zielt das Leitbild der LINKEN darauf ab, die Bereitstellung von Gütern bzw. den Zugang zu Dienstleistungen der Öffentlichen Daseinsvorsorge dauerhaft, verlässlich und bezahlbar für alle Menschen in Sachsen-Anhalt zu gewährleisten.

Die Frage nach der Gleich- oder Höherwertigkeit der Lebensqualität und der Lebensbedingungen lässt sich nicht objektiv definieren: Wie sich Vor- und Nachteile jeweils gegenseitig aufwiegen, unterliegt subjektiven Maßstäben der Menschen in ihrem Lebensumfeld.

Die Entscheidung, ob Menschen

aus Sachsen-Anhalt fortziehen oder hierher kommen, ob sie sich für oder gegen eigene Kinder entscheiden, kann Politik bestenfalls beeinflussen, nicht aber bestimmen. Viele Faktoren, die diese individuellen Entscheidungen beeinflussen, liegen außerhalb politischer Regelelemente. Deshalb wird es nie eine einfache Kausalität zwischen politischen Entscheidungen und der Entwicklung einer Region geben. Die Politik muss aber gerade deshalb die Wertungen, die Urteile, die Handlungen der Menschen in Sachsen-Anhalt feinfühlig registrieren und darauf reagieren. Die Gestaltung der Öffentlichen Daseinsvorsorge wird diese Wertungen, Urteile und Handlungen in jedem Falle nachhaltig beeinflussen.

Das Geschichtsbild an den Schulen kann nicht das der Konrad-Adenauer-Stiftung sein

Wie der Presseberichterstattung zu entnehmen war, plant der Stasi-Unterlagenbeauftragte Ruden Veranstaltungen an Schulen Sachsen-Anhalts zur Aufklärung über die DDR-Geschichte in Zusammenarbeit mit der Konrad-Adenauer-Stiftung. Dazu erklärt Matthias Höhn, Landesvorsitzender der LINKEN in Sachsen-Anhalt:

Ohne Zweifel ist die kritische und differenzierte Aufarbeitung der DDR-Geschichte nach wie vor von hoher Aktualität, nicht zuletzt aufgrund des nahenden 20. Jahrestages der friedlichen Revolution. Auch DIE LINKE hat hier eine besondere Verantwortung zu tragen. Sie wird dies tun, so wie sich schon die PDS über viele Jahre ihrer eigenen Geschichte gestellt hat - im Gegensatz übrigens zum größten Teil der ehemaligen Block-

parteien.

Differenzierungen, die allgemein immer wieder gefordert wurden, waren und sind in den öffentlichen Debatten jedoch Mangelware. Verklärung und Einseitigkeit standen und stehen sich regelmäßig gegenüber. Absurd wird es, wenn der Stasiunterlagenbeauftragte und die CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung nun die Aufklärungsarbeit über die DDR-Geschichte an den öffentlichen Schulen Sachsen-Anhalts übernehmen.

Ich fordere den Kultusminister Prof. Olbertz nachdrücklich auf sicherzustellen, dass die Schulen auch in Zukunft nicht Schauplatz einseitiger ideologischer Aufführungen werden.

Wir erinnern uns noch gut an die vor kurzem von der Bundesbeauftragten für Stasi-Unterlagen ange-

stoßenen Kampagne gegen Gregor Gysi, deren Ziel nicht Aufarbeitung, sondern Beschädigung einer hoch angesehenen Persönlichkeit war. Wir erinnern uns auch noch gut an die permanenten Gleichsetzungsversuche von Linkspartei und rechtsextremem NPD durch die Konrad-Adenauer-Stiftung, denen nicht nur eine Verleumdung vieler engagierter Mitglieder der Linkspartei bzw. der LINKEN innewohnte, sondern vor allem auch eine Verharmlosung der Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes und der aktuellen rechtsextremen Gefahr. Es ist legitim, wenn Landesbeauftragte oder Konrad-Adenauer-Stiftung ihr DDR-Bild öffentlich vertreten. Deswegen wird daraus aber noch lange nicht ein offizielles oder gar 'richtiges' Geschichtsbild.“